

In welchem Klima gedeiht Versöhnung?

Burundi, eines der ärmsten Länder der Welt, bildet auch im Index der menschlichen Entwicklung ein Schlusslicht. Das ostafrikanische Land ist von verschiedenen Zyklen der Gewalteskalation und einem langjährigen Bürgerkrieg geprägt. Versuche, die unheilvolle Vergangenheit mit Hilfe verschiedener Friedens- und Versöhnungsansätze aufzuarbeiten, werden durch die repressive Regierung von Präsident Pierre Nkurunziza erschwert.

Die Teilnehmer an einer Podiumsdiskussion am 28. März im Haus der Katholischen Kirche in Stuttgart versuchten aus kirchlicher, politischer und wissenschaftlicher Sicht die Frage zu klären, wie dort trotz der Widrigkeiten der politischen Konstellation ein Prozess der Versöhnung in Gang gesetzt oder bestärkt werden kann.

Die Veranstaltung wurde gefördert durch Mittel des Landes Baden-Württemberg und kooperativ ausgerichtet von der RAPRED-Girubuntu e. V., der Theologischen Fakultät der Uni Freiburg, der Ackermann-Gemeinde in der Diözese Rottenburg-Stuttgart und der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ). Letztere wurde vom Landtag errichtet und möchte Impulse setzen für ein global verantwortliches Baden-Württemberg. Ihr Geschäftsführender Vorstand *Philipp Keil* sprach ein Grußwort, in dem er darauf hinwies, dass es seit 2014 einen Partnerschaftsvertrag Baden-Württembergs mit Burundi gibt, in dessen Grundlagenpapier Ernährungssicherheit sowie Einkommens- und Friedensbildung für das afrikanische Land angestrebt werden. Es moderierte Prof. Dr. *Rainer Bendel*, der 2014 zum Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Vertriebenenorganisationen (AKVO) in Stuttgart bestellt wurde und seit 2016 als außerplanmäßiger Professor in Tübingen lehrt.

In seinem Impulsreferat bestätigte der Historiker und Theologe *August H. Leugers-Scherzberg* nicht nur eine im Titel der Veranstaltung konstatierte „Drift zu autoritärer Politik und Diktatur in Europa und Afrika“, sondern sprach von einer „globalen Welle des Populismus und der Renationalisierung“, einem Zulauf für rechts- wie auch linkspopulistische Bewegungen. Die Gründe für ihren derzeitigen Erfolg erkannte er in den nicht eingehaltenen Versprechen der Demokratie. Der Widerspruch zwischen dem Ideal von Freiheit, Gleichheit und allgemeinem Wohlstand und auf der anderen Seite dem Abbau der Sozialstaatlichkeit nach dem Zusammenbruch der bipolaren Weltordnung 1989/90 mit ihrer Systemkonkurrenz bilde den Nährboden für Populismus. In Afrika südlich der Sahara habe sich die Ausbreitung demokratischer Herrschaftssysteme am Ende des letzten Jahrhunderts wieder in autokratische Regime zurückverwandelt, teils von unvorstellbar brutalen Gewalttaten begleitet, von denen der Genozid in Ruanda der bekannteste ist. Vor 25 Jahren – von April bis Juni 1994 – haben dabei Extremisten der Hutu-Mehrheit schätzungsweise eine Million Angehörige der Tutsi-Minderheit und gemäßigte Hutu getötet. Sowohl in Burundi als auch in Ruanda ist das Projekt einer Ablösung des autokratischen Regimes gescheitert. Populismus und Entdemokratisierung seien auch in Afrika Bewegungen gegen die Ziele der weltweiten Demokratisierung und Liberalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Die Aufarbeitung der Vergangenheit sowie die juristische Ahndung der Verbrechen sind nach dem Vorbild der Nürnberger Prozesse für die Vereinten Nationen seit dem Ende des Ost-West-Konflikts bedeutsam als flankierende Maßnahmen bei der erfolgreichen Stabilisierung und Demokratisierung von Gesellschaften, die eine Gewaltherrschaft erlebt haben. Gerade wegen ihrer liberalen Implikationen werden aber Bestrebungen zu einer Vergangenheitsbewältigung von Populisten und Autokraten gefürchtet, schloss Leugers-Scherzberg seinen Problemaufriss.

Erzbischof em. Dr. *Robert Zollitsch*, der ehemalige Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz, berichtete als Betroffener eines Genozids am Ende des Zweiten Weltkriegs von seinen traumatischen Erlebnissen als Kind und den Umgang damit im späteren Leben. Zollitsch ist heimatvertriebener Donauschwabe, geboren im heutigen Serbien,

damals Jugoslawien. Im Alter von sechs Jahren erlebte er den Einmarsch der Sowjets in sein Heimatdorf Filipowa, die Übernahme der Herrschaft durch Titos Partisanen, die Enteignung und Entrechtung der Deutschen des Landes, ihre Internierung in Arbeits- und Vernichtungslager. Am 25. November 1944 wurden 212 Männer zwischen 16 und 60 Jahren ermordet und in einem Massengrab verscharrt, darunter auch sein zehn Jahre älterer Bruder Josef. Die Einlieferung ins Todeslager Gakowa, wo Erschießungen stattfanden, um Angst zu verbreiten, und täglich die Leichen eingesammelt wurden, dann die Flucht über die ungarische Grenze nach Deutschland, sind Zollitsch unvergesslich geblieben, doch konnte er lange nicht darüber sprechen, auch in der Familie war die Schreckenszeit kein Thema. Erstmals in der Mittelschule konnte er sich beim Verfassen seines Lebenslaufs dazu äußern, später wieder nach seiner Wahl zum Erzbischof von Freiburg auf Journalistenfragen. Um über derart schwierige Erfahrungen sprechen zu können, braucht es, so sein Fazit, nicht nur zeitliche Distanz und ein ökonomisch entspanntes Klima, das den Unterschied zwischen Alt- und Neubürgern verringert hat, sondern auch aufgeschlossene Zuhörer. Bei Zollitsch dauerte es 60 Jahre, bis er auf Einladung des lokalen Bischofs seinen Heimatort und sein Elternhaus wieder aufsuchte. Um den gemeinsamen Blick in die Zukunft nicht zu belasten, hat Zollitsch später bei all seinen vielfältigen Kontakten in die alte Heimat nie über sein Schicksal gesprochen. Er plädiert dafür, einerseits nichts zu verschweigen, man müsse sich vielmehr gegenseitig helfen beim Aussprechen dessen, was geschehen ist, dürfe aber auch nicht unnötig daran erinnern oder Aufrechnung betreiben. Nur über das Geltenlassen des Anderen lassen sich Brücken bauen und Wege in die Zukunft finden. Schon in ihrer Charta von 1950 hätten die deutschen Heimatvertriebenen auf Vergeltung verzichtet und den Blick nach vorn auf den Bau eines gemeinsamen Europas gelenkt. Einer müsse den ersten Schritt machen, so wie die polnischen Bischöfe 1965 vergeben und um Vergebung gebeten und so einen Versöhnungsprozess eingeleitet hatten. Wer verzeihen kann, erlebt eine Befreiung, das Erlebte verliere etwas von dem Furchtbaren und Belastenden, ohnehin der glaubende Mensch könne andere Hilfe erwarten, so das Resümee des Erzbischofs.

Die Theologin Dr. *Katharina Peetz* aus Saarbrücken, die sich intensiv mit dem Friedensprozess in Ruanda beschäftigt, hat vor allem erlebt, dass Versöhnung auf individueller Ebene stattfindet, nachdem die Rahmenbedingungen der Koexistenz geschaffen waren. Allerdings bereue der überwiegende Teil der Täter ihre Taten nicht, deshalb müsse man sie auf dem Weg zur Erkenntnis der eigenen Schuld begleiten. Ebenso wichtig sei es aber, den Überlebenden bei der Aufarbeitung ihrer Traumata zu helfen und deren Vererbung zu verhindern. Sowohl staatliche Stellen wie auch die christlichen Kirchen leisten hier wichtige Arbeit. Die Frage sei aber, wie Mentalitäten dauerhaft verändert werden können angesichts der Denkräume einschränkenden Machtinteressen. Probleme gebe es auch deshalb, weil bestimmte Opfergruppen ausgeschlossen werden, an denen sich die jetzige ruandische Regierung unter Paul Kagame schuldig gemacht hat, als sie an die Macht kam. Zwar sei die Kirche ein wichtiger Akteur im Versöhnungsprozess und biete alternative Begegnungsräume, in denen auch abweichende Narrative zur Sprache kommen, die Kirche habe aber eigene Schuld auf sich geladen und müsse auf eine Vergebungsbitte 22 Jahre nach dem Genozid weitere Schritte folgen lassen. Es sei vorrangig, den Menschen vor Ort zu helfen und so die Entwicklung der Zivilgesellschaft zu fördern. Denn obgleich die offene Gewalt verschwunden sei, gebe es strukturelle Gewalt und Misstrauen. Die Menschen werden teilweise unterdrückt und diskriminiert. Versöhnung werde aber spürbar, wenn die Menschen gemeinsam tätig werden und z. B. Häuser wieder aufbauen.

Die Landtagsabgeordnete der Grünen *Andrea Schwarz* wollte der These, dass ohne demokratische Verhältnisse auch keine echte Versöhnung stattfinden könne, nicht zustimmen, wengleich sie einräumte, dass Versöhnung im autoritären System verordnet sei und nicht zum Ziel führen könne. Da Versöhnung von innen heraus kommen und in der Bevölkerung wachsen müsse, bedürfe sie der Transparenz einer offenen Gesellschaft, die Minderheiten

partizipieren lässt, sowie der wissenschaftlich unabhängigen Beglaubigung. Bei entwicklungspolitischen Bemühungen müssten die Diaspora-Gemeinden viel stärker eingebunden werden, um die Menschen in ihrem Alltagsleben durch Graswurzelpartnerschaften zu unterstützen. Erst aus der Freiheit einer sozial gesicherten Existenz heraus könnten sie zu Impulsgebern der Annäherung werden und eine funktionierende Zivilgesellschaft aufbauen. Wenn die Gesellschaft sich als ganze erinnern möchte, gehe dieser Prozess nicht nur mit einem Teil von ihr.

Dr. *Audace Manirahinyuza* ist Politologe und lebt mit seiner Familie in Burundis Hauptstadt Bujumbura. Als ZFD-Fachkraft unterstützt er dort und in Uvira/DR Kongo seit Ende 2013 die Gerechtigkeits- und Friedenskommissionen (CDJP). Er berät bei der Aus- und Weiterbildung der Multiplikator/-innen und bei Planung, Monitoring und Evaluation der Aktivitäten. Manirahinyuza glaubt nicht daran, dass Zivilgesellschaft allein zu Versöhnung führen kann, so wichtig sie auch ist. Angesichts der Tatsache, dass die Friedensgespräche komplett gescheitert sind, wünscht er sich mehr internationalen Druck, auch von Deutschland und der EU, auf sein von Krisen geschütteltes Heimatland, dessen Sicherheitsapparat die Opposition und anders denkende Menschen mit aller Härte unterdrückt. Auch Waffenlieferungen möchte er vollständig unterbunden wissen. Es müsse ein politischer Prozess in Gang kommen, sonst werde es bei sozialen und wirtschaftlichen Bemühungen bleiben. Man solle die Opposition mit Geld unterstützen, um so den Dialog der Regierung mit ihr herbeizuführen. Trotz aller Schwierigkeiten gebe es aber gesellschaftliche Fortschritte, wenn auch die freie Presse noch im Exil arbeiten muss. Das Friedensabkommen von Arusha im Jahr 2000 habe einen Neuanfang mit Versöhnung und dem Aufbau demokratischer Institutionen gebracht, jedoch den Aspekt der Gerechtigkeit ausgeblendet. Deshalb sei der Versöhnungsprozess 2015 gescheitert. Den Spannungen zwischen den politischen Akteuren stehe jedoch eine Bevölkerung gegenüber, die die Versöhnung untereinander sucht. Aber Burundi könne nicht allein aus diesen Schwierigkeiten herauskommen, ebenso wenig wie Deutschland nach dem Krieg nicht allein zu Stabilität gelangen konnte.

Die Diskussion über Bedingungen und Verläufe von Versöhnungsprozessen und autoritäre Strukturen als Behinderung dieser Prozesse ließ viele Fragen offen, etwa die nach der Gerechtigkeit und juristischen Aufarbeitung, nach den ökonomischen Bedingungen und einer sinnvollen Sozialpolitik, Themenfelder für weitere Diskussionsrunden.

Stefan P. Teppert